

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Hinblick auf die hier und heute zu treffenden Entscheidungen, möchte ich, Frau Seiß die hier sitzenden Verantwortlichen/ Entscheidungsträger um Berücksichtigung folgender Punkte bitten:

Behalten Sie neben eigenen auch die Interessen derjenigen, über deren Zukunft Sie heute entscheiden, im Blick.

Wie jede Medaille zwei Seiten hat und es in der Medizin immer Spieler und Gegenspieler gibt, möchte ich folgendes darlegen:

Wir Anwohner des zum Verkauf stehenden Grundstückes Pinneberger Chaussee 60- 60c sorgen uns in mehrerlei Hinsicht:

- Die alte Schule ist ein Stück Moorreger Identität, die abgerissen werden soll, nach dem sie, aus unserer Überzeugung, kaputt gespart wurde
- Es würde eine weitere Verdichtung der Wohngebiete erfolgen
- Abholzen der Laubbäume (4m Abstand zwischen Grundstücksgrenze und Gebäude reichen für den Erhalt der Bäume nicht aus!), die für das Kleinklima von Bedeutung sind.

Uns Anwohnern fehlt es an Transparenz und Empathie seitens der Politik für unsere Anliegen.

Es wird sozial argumentiert: es soll barrierefrei und seniorengerecht gebaut werden.

Das ist grundsätzlich gut und richtig in Verantwortung einer alternden Gesellschaft. Der Preis in diesem Fall bedeutet:

- Insbesondere die Altmieten würden sozial entwurzelt, müssten sie aus ihren jetzigen Wohnungen ausziehen.
- Es wäre anständig gewesen, den jetzigen Mietern eine bezahlbare Wohnung anzubieten, zumindest aber das Gespräch hierzu anzubieten.
- Die Mehrheit der hier sitzenden Entscheidungsträger gehören der CDU an. Wie und wo wird der christliche demokratische Gedanke gelebt? Wir vermissen beides.

Ich möchte wissen:

- Wie wird die Sackgassenbegrenzung, die die Durchfahrt vom/zum Siedlerweg vom/ zur Pinneberger Chaussee verhindern soll, aussehen?
- Wird der Bau der Zuwegung innerhalb der nächsten 12 Monate erfolgen?
- Wie viele Parkplätze werden zwischen der Begrenzung und dem Siedlerweg gebaut? Mit welchem Verkehrsaufkommen haben Frau Tobuschat und ich zu rechnen?
- Wer trägt die Erschließungs- und Anschlusskosten kurz-, mittel und langfristig?

Letztlich gehe ich davon aus, dass die Aussage von Herrn Weinberg wir „haben keine rechtlichen Möglichkeiten“ ein Versuch der Einschüchterung war. Ich halte diese Aussage für nicht angemessen und für einen Bürgermeister unwürdig.

Dieser ganze Unmut, der sich hier äußert und entlädt, wäre vermeidbar gewesen, wenn mit den allen Betroffenen auf Augenhöhe gesprochen worden wäre, wenn seitens der Politik verantwortlich mit Transparenz und Empathie vorgegangen worden wäre!

Cordula Seiß